

Postfach 51 06 20
50942 Köln

Lindenallee 13 - 17
50968 Köln

2. Nov. 2010/Si

Telefon +49 221 3771-0
Durchwahl 3771-239
Telefax +49 221 3771-160

E-Mail
doerte.diemert@staedtetag.de

An die

- a) Mitgliedstädte StNRW
- b) Mitglieder des Finanzausschusses StNRW

Bearbeitet von
Dr. Dörte Diemert

Aktenzeichen

20.06.21N

Umdruck-Nr.

H 2170

Sondersitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 29. Oktober 2010 „Nachhaltige Sicherung der Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Kommunen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 29. Oktober 2010 ist der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Fraktionsübergreifend bestand dabei Konsens, dass die Finanzlage der Kommunen bedrohlich ist und dringender Handlungsbedarf besteht. In der Ursachenanalyse gingen die Bewertungen hingegen auseinander.

Zu Ihrer Information finden Sie als **Anlage 1** eine kurze Dokumentation der Sitzung (Auszug aus dem Landtagsportal) beigelegt. Wir übersenden Ihnen außerdem, die im Rahmen der Sondersitzung behandelten Anträge der Fraktionen:

- Antrag der Fraktion der CDU, der SPD und Bündnis 90/GRÜNE (Drucksache 15/435) **Anlage 2**
- Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 15/458) **Anlage 3**
- Änderungsantrag und Entschließungsantrag der Fraktion der FDP (Drucksache 15/459 und Drucksache 15/460) **Anlage 4 und 5**

Angenommen wurden im Ergebnis der Antrag der Fraktion der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 15/435) mit den Stimmen dieser Fraktionen und der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 15/458) mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNE und DIE LINKE.

Über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 15/435) ist auf Antrag der Fraktion DIE LINKE außerdem auch eine Einzelabstimmung durchgeführt worden.

- Dabei wurden die Punkte 1 bis 4 des Forderungskatalogs einstimmig angenommen.
- Punkt 5 des Forderungskatalogs wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.
- Punkt sechs des Forderungskatalogs wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNE und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

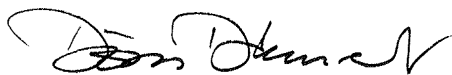
Hintergrund dieses Stimmenverhaltens ist, dass die Fraktion der FDP Punkt 5 des Forderungskatalogs ohne Änderungen nicht mittragen wollte. Die FDP hielt vielmehr eine Ergänzung dahingehend notwendig, dass der in Aussicht gestellte Anteil des Landes an Entschuldungs- und Konsolidierungshilfen in Höhe von mindestens 300 bis 400 Mio. Euro durch Einsparungen oder Steuermehreinnahmen erwirtschaftet werden muss und der verfassungsrechtlich gebotene Ausgleich des Landeshaushalts bis 2020 nicht gefährdet werden darf (siehe Änderungs- und Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/459 und Drucksache 15/460). Diese beiden Anträge der FDP-Fraktion wurden jedoch im Ergebnis vom Landtag abgelehnt. Die Fraktion Die Linke wollte demgegenüber Punkt 6 des Forderungskatalogs, wonach jede Kommune, die Mittel aus der Landeshilfe in Anspruch nimmt, erforderliche Konsolidierungsziele für ihren kommunalen Haushalt mit der Kommunalaufsicht vereinbaren muss, nicht mittragen.

Die Beschlussfassung des Landtags ist zunächst für die Arbeit der Gemeindefinanzkommission in Berlin von Bedeutung: Der Forderungskatalog enthält an erster Stelle die Forderung, dass der Bund sich ab 2011 dynamisch zur Hälfte am Aufwand für die Soziallasten der Kommunen beteiligen soll. Damit wird eine Forderung des Deutschen Städtetags und der anderen kommunalen Spitzenverbände aufgegriffen, zu deutlichen Entlastungen der Kommunen im Bereich der Sozialausgaben zu kommen.

Darüber hinaus enthält der Katalog das deutliche Bekenntnis der Mehrheit der Abgeordneten, dass die auf Liquiditätskredite besonders angewiesenen Kommunen ab 2011 einen deutlich merkbare Entlastung erhalten sollen, wozu in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Grundlage des in Auftrag gegebenen Gutachtens von Professor Junkernheinrich und Professor Lenk ein Gesetz erlassen auf Landesebene werden soll.

Über den Fortgang der Beratungen werden wir Sie informieren. Einstweilen bitten wir um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dr. Dörte Diemert

Anlagen